

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 06.03.2012

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 17:05 Uhr
Sitzungspause: ./.
Ende: 18:35 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Jung
Frau Kammeier
Frau Niederfranke
Herr Schön
Herr Weber

SPD

Herr Donath
Frau Gündogdu
Herr Kaufmann
Frau Schneider
Frau Schrader

Vorsitzende

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Mann
Frau Dr. Ober

BfB

Frau Cascante-Maristany

FDP

Herr Buschmann

Die Linke

Herr Dr. Dirk Schmitz

Bürgernähe

Frau Geilhaar

Beratende Mitglieder

Frau Huber

Seniorenrat

(ab 17.10 Uhr)

stellvertretende Mitglieder

Herr Schuster -BfB-

Gäste

Herr Großegödinghaus
Herr Radloff

AGW
Jobcenter Arbeitplus Bielefeld,
(ab 18.00 Uhr)
Jobcenter Arbeitplus Bielefeld
Fraktionsreferentin der CDU-Fraktion

Herr Hanke
Frau Schellong

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler
Frau Schulz

Dezernat 5
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Bauamt
Stab Dezernat 5
Stab Dezernat 5

Herr Metzger
Herr Wörmann
Frau Dammann

Schriftführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzende Frau Schrader begrüßt die Anwesenden und teilt entsprechend ihrer Zusage in der vorherigen Sitzung folgende Rechercheergebnisse mit:

Protokolle sind gem. § 20 Abs. 3 Geschäftsordnung des Rates (GeschORat) als Beschlussprotokolle und nicht als Verlaufsprotokolle zu fertigen. Es seien nur

- Anfragen mit Antworten
- Erklärungen zum Protokoll
- Diskussionsbeiträge/Argumente, die das Abstimmungsverhalten der Fraktionen/Gruppen verdeutlichen und
- Beschlüsse mit Abstimmungsergebnis

aufzunehmen.

In der Niederschrift vom 10.01.2012 unter TOP 8 wurde eine Abstimmung mit den entsprechenden Argumenten zum Abstimmungsverhalten protokolliert. Unter TOP 10 wurde lediglich informiert, es fand keine Abstimmung statt. Es sei fraglich, ob überhaupt erwähnt werden müsse, wer Fragen gestellt habe.

Darüber hinaus bestehe gem. § 20 Abs. 3 GeschORat die Möglichkeit Ergänzungen und Änderungen schriftlich, bis zur Abstimmung über die Genehmigung der Niederschrift, der Vorsitzenden vorzulegen.

Herr Weber erklärt für die CDU-Fraktion, Niederschriften sollten nach der allg. Definition eines Protokolls verfasst werden, um Diskussionsinhalte auch nach einiger Zeit noch nachvollziehen zu können. Es solle sich nicht ausschließlich im Rahmen der Geschäftsordnung des Rates bewegt werden. Vorsitzende Frau Schrader verweist auf ihre Ausführungen und stellt Herrn Weber frei, zukünftig Ergänzungen und Änderungen zum Protokoll im Rahmen der Geschäftsordnung des Rates bei ihr schriftlich einzureichen.

Vorsitzende Frau Schrader stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest. Änderungen zur Tagesordnung gibt es

nicht.

Zu Punkt 1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 21. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 07.02.2012**

Vorsitzende Frau Schrader bittet Herrn Dr. Schmitz, seine Anmerkungen zu TOP 3.1 der Niederschrift schriftlich einzureichen.

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 21. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 07.02.2012 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Zu Punkt 2.1 **Mietspiegel 2012**

Herr Metzger erläutert den verteilten Mietspiegel 2012.

Zu Punkt 2.2 **Inklusion**

Frau Schulz verweist auf die Beschlussfassung in der SGA-Sitzung am 10.01.2012, in der sich der SGA dem Antrag des Beirates für Behindertenfragen bzgl. der Erstellung eines kommunalen Inklusionsplanes angeschlossen habe. Derzeit werde auch an einem Landesinklusionsplan gearbeitet. Dieser müsse abgewartet werden, weil er im Rahmen der Konnexität in den kommunalen Inklusionsplan eingebunden werden müsse.

Zu Punkt 2.3 **Modellvorhaben "Kein Kind zurücklassen - Kommunen in NRW beugen vor"**

Beigeordneter Herr Kähler teilt mit, dass die Stadt Bielefeld von den Kooperationspartnern des Modellversuchs (Landesregierung und Bertelsmann Stiftung) als eine von achtzehn Modellkommunen ausgewählt worden sei. Am 26.03.2012 würden die ausgewählten Kommunen in der Staatskanzlei Düsseldorf der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Modellphase sei von 2012 bis 2015 vorgesehen. Das Land plane

bereits eine Projektweiterführung bis 2020.

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Vermittlungsbemühungen für arbeitslose Menschen, ab Vollendung des 58. Lebensjahres (Anfrage der SPD-Fraktion vom 21.02.2012)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3728/2009-2014

Vorsitzende Frau Schrader verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort des Jobcenters Arbeitplus Bielefeld (**Anlage 1**) und bedankt sich für die schnelle Erledigung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3.2 Mietkosten bei Bedarfsgemeinschaften im SGB II (Anfrage der Ratsfraktion Die Linke vom 30.01.2012)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3620/2009-2014

Vorsitzende Frau Schrader verweist auf die als Tischvorlage verteilte abschließende Antwort (**Anlage 2**).

Herr Dr. Schmitz dankt dem Jobcenter Arbeitplus Bielefeld. Sollte er noch Fragen haben, werde er sie in der nächsten Sitzung stellen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

Zu Punkt 5 Ergebnisse der wirkungsorientierten Steuerung im Dezernat 5 hier: Umsetzung der HSK-Maßnahmen mit befristetem Einsatz von Personal zur Reduzierung von Sozialaufwendungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3743/2009-2014

Beigeordneter Herr Kähler erläutert die Umsetzung der

HSK-Maßnahmen durch wirkungsorientierte Steuerung (**Anlage 3**). Auf Fragen von Frau Kammeier, Herrn Jung, Herrn Dr. Schmitz, Frau Cascante-Maristany und Herrn Buschmann, auch zu einzelnen Maßnahmen, führt Beigeordneter Herr Kähler folgendes aus:

- Negative Zielabweichungen seien auf einen verzögerten Maßnahmestart zurückzuführen.
- Weitergehende Ergebnisse würden durch die einjährige Projektverlängerung, die von der Bezirksregierung Detmold bereits bewilligt wurde, erwartet.
- Der HSK-Maßnahmeplan erstreckte sich über fünf Jahre, die geplanten Zielerreichungen seien vorgegeben, könnten sich aber auch durch Tarifverträge verändern. Im Bereich der Leistungsverträge würde derzeit verhandelt.
- Bei einzelnen Maßnahmen sei von vornherein ein späterer Beginn geplant gewesen.
- Langfristig müssten die Maßnahmeergebnisse dem Einsatz der Personalkosten und der veränderten Entwicklung der Sach- und Fachkosten gegenübergestellt werden. Wie die Finanzeffekte einzelner Maßnahmen eingesetzt würden, müsse noch abschließend mit der Bezirksregierung geklärt werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6

Umsetzung der Reformen am Arbeitsmarkt -Sozialgesetzbuch II in Bielefeld- Quartalsbericht

Herr Hanke erläutert anhand der mit der Einladung versandten Unterlagen die Situation des Arbeitsmarktes und die Aktivitäten des Jobcenters Arbeitplus Bielefeld, Statistikzahlen und Controllingergebnisse nach § 48a SGB II sowie den Jahresabschluss Controlling 2011.

Fragen von Frau Mann und Frau Geilhaar werden von Herrn Hanke und Herrn Radloff beantwortet. Auf Nachfragen von Frau Cascante-Maristany und Frau Geilhaar teilt Herr Hanke mit, dass das sehr gute Ergebnis im Bereich „Integrationen 50+ und 55+“ auf Stundenausweitungen in bereits bestehenden Arbeitsverhältnissen zurückzuführen sei. Mit einer Stundenreduzierung in diesen Arbeitsverhältnissen werde nicht gerechnet. Aufgrund der Arbeitsmarktentwicklung würde die Vermittlung schwieriger werden.

-.-.-

Zu Punkt 7

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Vorsitzende Frau Schrader stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Schrader

Krumme

(Vorsitzende)

(Schriftführerin)